

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2740

der Abgeordneten Birgit Bessin (AfD-Fraktion) und Steffen John (AfD-Fraktion)

Drucksache 7/7549

Sanktionen gegen die Russische Föderation sowie gegen russische Personen und Institutionen seit 2014

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkungen der Fragesteller: Seit dem Beitritt der Krim zur Russischen Föderation im Frühjahr 2014 aufgrund eines Referendums wurden durch die Europäische Union zahlreiche Sanktionen gegen die Russische Föderation sowie gegen russische Personen und Institutionen verhängt.¹ Aktuell gelten neben Individualsanktionen zahlreiche Wirtschaftssanktionen, Finanzsanktionen und weitere Sanktionen,² die auch die wirtschaftliche Betätigung zahlreicher brandenburgischer Unternehmen unmittelbar oder mittelbar erschweren. Der Wert der seit Februar 2022 mit EU-Sanktionen belegten Ausfuhren aus der EU nach Russland wird mit 43,9 Milliarden Euro beziffert, jener der mit EU-Sanktionen belegten Einfuhren aus Russland mit 91,2 Milliarden Euro.³

Wir fragen die Landesregierung:

Frage 1: Wie viele Unternehmen - ggf. schätzweise - mit Sitz in Brandenburg und mit wie vielen Arbeitsplätzen waren oder sind durch die seit Februar 2014 oder später verhängten Sanktionen gegen die Russische Föderation sowie gegen russische Personen und Institutionen a) direkt und b) indirekt betroffen?

zu Frage 1: Hierzu liegen der Landesregierung keine Daten vor. Es gibt weder eine amtliche Statistik zu den Auswirkungen der EU-Sanktionen, noch werden diese anderweitig erfasst. Dementsprechend können keine Aussagen zu den Folgen auf Unternehmensebene, den Arbeitsplätzen, Gewinnen und Umsätzen gemacht werden.

Frage 2: Wie hoch sind - ggf. schätzweise - die hierdurch bedingten Umsatzeinbußen bei den a) direkt und b) indirekt betroffenen Unternehmen?

zu Frage 2: Siehe Antwort zu Frage 1.

¹ Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Sanktionen_nach_der_Krimannexion_durch_Russland, abgerufen am 03.04.2023.

² Vgl. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/krieg-in-der-ukraine/eu-sanktionen-2007964>, abgerufen am 03.04.2023.

³ Vgl. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions/restrictive-measures-against-russia-over-ukraine/sanctions-against-russia-explained/>, abgerufen am 03.04.2023.

Frage 3: Wie hoch sind - ggf. schätzweise - die hierdurch bedingten Gewinneinbußen

- a) bei den direkt und
- b) indirekt betroffenen Unternehmen?

zu Frage 3: Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 4: Wie viele Arbeitsplätze sind - ggf. schätzweise - aufgrund der Sanktionen bisher im Land Brandenburg bei den a) direkt und b) indirekt betroffenen Unternehmen abgebaut worden?

zu Frage 4: Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 5: Welche

- a) direkt und
- b) indirekt betroffenen Unternehmen leiden momentan am stärksten unter welchen Sanktionen?

zu Frage 5: Die Landesregierung kann keine Aussagen zu einzelnen, direkt oder indirekt durch die Sanktionen betroffenen Unternehmen treffen.

Allgemein gilt, dass der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen nicht nur wirtschaftliche Auswirkungen in der Ukraine und Russland haben, sondern sich auf die gesamte Weltwirtschaft und damit auch auf die deutsche Volkswirtschaft sowie brandenburgische Unternehmen auswirken. Die Betroffenheit der Branchen ist dabei je nach Wirkungskanal sehr unterschiedlich. Unternehmen, die Erdöl bzw. -gas bei der Produktion verarbeiten bzw. für die Energieerzeugung benötigen, sind besonders stark durch die Notwendigkeit der Substitution der entfallenen russischen Energieträgerimporte betroffen.

Neben direkten Außenhandelseffekten sind bereits vor Beginn des Krieges die Energiepreise massiv gestiegen. Der Anstieg der Öl- und Gaspreise wirkt sich insbesondere für energieintensive Branchen negativ aus. Der Energiepreisanstieg und partielle Lieferengpässe, z.B. bei Rohstoffen, Vorprodukten und Nahrungsmitteln, trafen einzelne Branchen unmittelbar, haben aber auch die Inflation zusätzlich steigen lassen. Dies verringert die Kaufkraft und wirkt sich u.a. negativ auf den Einzelhandel aus. Die geldpolitischen Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation wiederum entfalten durch den Anstieg der Zinsen für Baufinanzierungen negative Effekte auf die Bauwirtschaft.

Frage 6: In welcher Höhe sind im Land Brandenburg derzeit Vermögenswerte der Russischen Föderation sowie russischer Personen und Institutionen eingefroren?

zu Frage 6: Hierzu liegen der Landesregierung keine Daten vor.

Frage 7: Wie viele direkt oder indirekt betroffene Unternehmen in Brandenburg sind wegen der Auswirkungen der Sanktionspolitik insolvent gegangen oder befinden sich im Insolvenzverfahren?

zu Frage 7: Aussagen zu Unternehmensinsolvenzen, bzw. Insolvenzverfahren, die speziell mit Sanktionen zusammenhängen, sind aus der Insolvenzstatistik nicht herleitbar.